

TÜRKEI:

Erdoğan hat kaum Alternativen

Der türkische Premier polarisiert die Gesellschaft. Doch politische Stabilität erhält die Türkei nur durch mehr Demokratie, schreibt Yaşar Aydın im Gastbeitrag.

VON: Yaşar Aydın | 10.07.2013 - 18:52 Uhr

© Dado Ruvic/Reuters



Ein Demonstrant in Ankara wird von einem Wasserwerfer getroffen (Archiv)

Yaşar Aydın

ist Mercator-IPC-Fellow
an der Stiftung
Wissenschaft und Politik
(SWP) in Berlin.

Der aktuelle politische Konflikt in der Türkei ist keinesfalls beigelegt, auch wenn es momentan nicht nach einer weiteren Eskalation der Gewalt aussieht. Eine sachliche Aufarbeitung der Ereignisse durch die Regierung und Zugeständnisse an die Opposition sind nicht in Sicht. Der türkische Premier Erdoğan sieht bei den Protestaktionen weiterhin "ausländische Mächte"

am Werk, geißelt die "internen Agenten" und verteidigt das rabiate Vorgehen der Polizeikräfte.

Anstatt auf die Protestbewegung zuzugehen, den Demokratisierungskurs wieder aufzunehmen und auf die Forderungen von Opposition und Minderheiten einzugehen, erwägt die Regierung im Gegenteil eine stärkere Kontrolle der sozialen Medien und setzt weiterhin Journalisten unter Druck. Protestler befürchten, verfolgt und verhaftet zu werden.

Die zentrale Forderung weiter Teile der Opposition nach Herabsetzung der Zehnprozenthürde für den Einzug in das Parlament wies Erdoğan zurück. Auch der Hauptforderung der kurdischen Minderheit nach Schulunterricht in kurdischer Sprache erteilte er eine Absage. Damit läuft der Premier Gefahr, neben den Protagonisten der Protestbewegung auch jenen Teil der Kurden vor den Kopf zu stoßen, der ihn bislang noch unterstützt hatte.

Erdoğan hat die soft power der Türkei beschädigt

Wenngleich noch immer ein Großteil der Bevölkerung hinter Erdoğan steht, ist sein Führungsstil selbst in der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) nicht mehr unangefochten. Kritik kam nicht nur von AKP-Abgeordneten, sondern auch von Vizepräsident Arıncı und Staatspräsident Gül. Die Polizeigewalt habe das in zehn Jahren mühevoll erworbene Ansehen der Türkei in zehn Tagen zerstört, bedauerte der Staatspräsident.

Das könnte Erdoğan zum Verhängnis werden, denn er hat mit seinem polarisierenden Politikstil und "Krisenmanagement" nicht nur seine Glaubwürdigkeit und den sozialen Frieden aufs Spiel gesetzt, sondern auch die *soft power* der Türkei beschädigt, die ein wichtiges außenpolitisches Instrumentarium war. *Soft power*, die Fähigkeit der Einflussnahme durch die Attraktivität der Türkei, fußte auf der positiven Wirtschaftsleistung, der EU-Beitrittsperspektive, der Vereinbarkeit von Islam und Demokratie sowie der als konstruktiv wahrgenommenen Vermittlerrolle zwischen den Konfliktparteien im Nahen Osten.

Der türkische Premier steht vor zwei Alternativen: Die erste ist die Fortsetzung seiner bisherigen Politik, die auf Machterhalt abzielt und dabei weiterhin auf die Polarisierung der Gesellschaft entlang kultureller Linien setzt. Die zweite ist die Fortsetzung der Demokratisierung, die Weiterführung der Verhandlungen mit den Kurden und ein aufrichtiges Zugehen auf säkular-liberale Bevölkerungsteile und Aleviten, die sich maßgeblich an den Protesten beteiligt haben.

Die erste Alternative birgt das Risiko einer politischen Destabilisierung, der Verstärkung autoritärer Strukturen und Institutionen sowie eines schwindenden Vertrauens in die türkische Politik und Wirtschaft bei Partnerstaaten und ausländischen Investoren. Stillstand in den EU-Beitrittsverhandlungen, Rückgang des Tourismus, Kapitalflucht, Verschärfung des Kurdenproblems und Spannungen mit den Nachbarstaaten wären mögliche Folgen. Kommt die Regierung vom Pfad der Demokratie ab, wird die Türkei ihre stabilisierende Wirkung in der Region verlieren, und die Erfolgsaussichten einer proaktiven Außenpolitik werden sich deutlich verringern.

Würde Erdoğan hingegen die zweite Alternative wählen und auf Opposition und Protestbewegung eingehen, könnte er seine Glaubwürdigkeit bei den nationalistisch-

konservativen Massen verlieren, die er in den letzten Wochen gegen diese Gruppen aufgebracht hat. Zudem ist es fragwürdig, ob Erdoğan die säkular-liberalen Bevölkerungsteile und Aleviten für einen Dialog gewinnen kann, nachdem er so stark gegen sie polemisiert hat.

Kein Rückfall in die Instabilität der neunziger Jahre

Dennoch wird Erdoğan aufgrund außen- und wirtschaftspolitischer Ambitionen der AKP-Regierung nichts anderes übrig bleiben, als den Pfad der Demokratisierung zu beschreiten. Denn abgesehen davon, dass die Proteste das Bedürfnis der neuen Mittelschicht nach mehr Demokratie, Bürgerrechten und Freiheit zum Ausdruck gebracht haben, sprechen auch wirtschaftliche Gründe für eine Demokratisierung. Wie der Ökonom Daron Acemoğlu ausgeführt hat, müssen mit einem Wirtschaftswachstum, wie es die Türkei zurzeit erlebt, auch individuelle Freiheiten und Rechte zunehmen, um unternehmerische Kreativität zu fördern. Andernfalls droht ein ökonomischer Rückschritt.

Darüber hinaus muss das Land der Tatsache Rechnung tragen, dass seine Wirtschaft heute stark in das internationale Wirtschaftssystem integriert und die türkische Gesellschaft durch zahlreiche transnationale Netzwerke, Migration und Tourismus mit Europa verflochten ist. Wird ausländischen Investoren, Zuwanderern und Touristen kein sicherer Rechtsrahmen geboten, bleiben sie fern.

Einen Rückfall in die Instabilität der neunziger Jahre können sich weder die politische Klasse noch die AKP-nahe Unternehmerschicht leisten. Sollte Erdoğan seinen Konfrontationskurs fortsetzen und damit die wirtschafts- und außenpolitischen Ambitionen der Regierung gefährden, werden sie seiner Macht Grenzen setzen.

QUELLE: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-07/tuerkei-demokratie-stabilitaet/komplettansicht>